



PRESSEMITTEILUNG

Nr. 318/GP

01.12.2015

Gemeinsames Landesgremium für Bayern zu Fragen der medizinischen Versorgung konstituiert - Bayerns Gesundheitsministerin Huml: Thema sind auch die Auswirkungen der Flüchtlingsproblematik

Das Gemeinsame Landesgremium zu Fragen der medizinischen Versorgung in Bayern hat am Dienstag unter dem Vorsitz von **Gesundheitsministerin Melanie Huml** seine Arbeit aufgenommen. Huml betonte anlässlich der konstituierenden Sitzung in München: „Im Gemeinsamen Landesgremium sind die maßgebenden Akteure des bayerischen Gesundheitswesens vertreten. Ziel ist es, weiterhin eine gleichwertige medizinische Versorgung in allen Landesteilen zu gewährleisten.“

Huml fügte hinzu: „Mein Ziel ist es, allen Menschen eine möglichst wohnortnahe und hochwertige medizinische Versorgung bereitzustellen - und zwar unabhängig davon, wie alt sie sind, wieviel sie verdienen oder welche soziale Herkunft sie haben. Die medizinische Versorgung in Bayern ist auf einem qualitativ hohen Niveau. Sie nimmt bundesweit einen Spitzenplatz ein. Der demografische Wandel, der Strukturwandel sowie der technische Fortschritt stellen das Gesundheitswesen in den kommenden Jahren aber vor große Herausforderungen. Nach meiner Ansicht haben wir gerade an der Schnittstelle zwischen stationärer und ambulanter Versorgung vielversprechende Möglichkeiten, unser Gesundheitssystem zukunftsfest zu gestalten.“

Huml unterstrich: „Unser Gesundheitssystem steht angesichts der Flüchtlingsproblematik aktuell vor völlig neuen Herausforderungen. Das Gemeinsame Landesgremium kann hier einen wichtigen Beitrag leisten. Daher wird dieses Thema den ersten Beratungsschwerpunkt bilden.“

Mitglieder des Gemeinsamen Landesgremiums sind neben dem Bayerischen Gesundheitsministerium unter anderem die Landesverbände der Krankenkassen und Ersatzkassen, die Kassenärztliche Vereinigung Bayerns, die Bayerische Krankenhausgesellschaft, die Bayerische Landesärztekammer sowie die Bayerische Landeskammer der Psychologischen Psychotherapeuten und der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten.

Mit dabei sind zudem die Bayerische Landeszahnärztekammer, die Bayerische Landesapothekerkammer, die Kommunalen Spitzenverbände, der Patienten- und Pflegebeauftragte der Bayerischen Staatsregierung sowie Patientenvertreter. In Angelegenheiten der zahnärztlichen Versorgung wird auch die Kassenzahnärztliche Vereinigung Bayerns vertreten sein. Die Geschäftsstelle wird beim Bayerischen



Gesundheits- und Pflegeministerium eingerichtet.

Weitere Informationen im Internet:

https://www.stmgp.bayern.de/service/landesgremium_90a_sgb5/index.htm